Nushası 5 Kuruştur

ABONE
(Posta ücreti dahil olmak üzre)

		dahil için	hariç için
Aylık	Türk lirası	1.50	RM. 5.—
Üç aylık	„	4.25	„ 13.—
Altı aylık	„	8.—	„ 25.—
Bir senelik	„	15.—	„ 50.—

yahud mukabili
Pazardan başka her gün çıkar

İdarehane:
Beyoğlu, Cumhuriyet sokağı 7
Telgraf adresi: Türkpost
Telefon: 44.606
Posta Kutusu: Istanbul 1269

Türkische Post

Preis der Einzelnummer 5 Kurus

BEZUGSPREISE

	Inland	Ausland
für 1 Monat	Tpl. 1.50	RM. 5.—
„ 3 Monate	„ 4.25	„ 13.—
„ 6 Monate	„ 8.—	„ 25.—
„ 12 Monate	„ 15.—	„ 50.—

oder Gegenwert
Erscheint täglich außer Sonntags

Geschäftsleitung:
Beyoğlu, Cumhuriyet sokağı 7
Drahtanschrift: Türkpost
Fernsprecher: 44.606
Postfach: Istanbul 1269

11. Jahrgang Nr. 3072 — Tageszeitung — Istanbul, Mittwoch, 30. Dez. 1936

Probleme um den Völkerbund

Mdh. Universalität und Aktionsfähigkeit des Völkerbundes sind zwei Fragen, die aufs Engste zusammengehören und die seit langem die internationale Oeffentlichkeit beschäftigt haben. Die Genfer Institution wäre erst dann vollkommen, wenn beide Probleme ganz gelöst wären. Bis zum heutigen Tage ist dies jedoch nicht der Fall. Zwei Lager müssen in diesem Zusammenhang unterschieden werden: Einmal die Verteidiger der Universalität auf Kosten der Aktionsfähigkeit, zweitens die entgegengesetzte Richtung, die eine straffe Organisierung des Bundes auf Kosten der Universalität wünscht.

Was die Universalität anbetrifft, so ist festzustellen, daß sie im Laufe der Jahre immer stärkere Einbußen erlitten hat. Waren schon bei der Gründung des Völkerbundes die Vereinigten Staaten von Nordamerika außerhalb dieses internationalen Rahmens geblieben, so haben die nachfolgenden Jahre immer größere Breschen in die Völkerbundsfront geschlagen. Es sei an dieser Stelle nur an den Austritt Deutschlands und Japans erinnert. Auch Italien hat sich seit dem äthiopischen Konflikt mehr und mehr von Genf zurückgezogen, wenn es auch offiziell auf seinen Austritt verzichtet hat. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß die Aufnahme anfänglich noch nicht im Völkerbunde vertretener Staaten diese Lücken nicht ausgeglichen hat.

Zur Zeit läßt sich in keiner Weise übersehen, welche von den beiden oben erwähnten Strömungen — Forderung der Universalität einerseits und Ausgestaltung der Aktionsfähigkeit andererseits — das Feld behaupten werden, zumal in Erwägung gezogen werden muß, daß neben diesen Bestrebungen auch noch andere Richtungen, wie beispielsweise die der regionalen Aufteilung der Völkerbundsinteressen immer mehr an Ansehen gewinnen.

Von diesem allgemeinen Gesichtspunkt aus betrachtet, konnte die Mitteilung nicht überraschen, daß sich der Ausschuß für die Völkerbundsreform, der vor kurzem zu einer Sitzung zusammengetreten war, vertagt hat. Der Ausschuß, der die Frage der Wirksamergestaltung des Völkerbundspaktes zu prüfen hat, kann trotzdem das Verdienst für sich in Anspruch nehmen, ein Ergebnis erzielt zu haben, das dazu angetan ist, einige Klarheit in den vielfachen Fragenkomplex gebracht zu haben. Es ist ihm gelungen, die wichtigsten Artikel ausfindig zu machen, die bisher schuld daran waren, daß der Völkerbund noch nicht den ihm gestellten Aufgaben in vollem Umfange gerecht geworden ist.

Es handelt sich in erster Linie um drei Artikel, die den Kern der Völkerbundssatzung bilden. Das Hauptgewicht legt der Ausschuß auf Artikel 19, der die Ueberprüfung der unanwendbar gewordenen Verträge, deren Aufrechterhaltung den Frieden gefährden könnten, vorsieht. Mindestens ebenso wichtig ist Artikel 11, der jedem Mitgliedsstaat das Recht gibt, die Aufmerksamkeit des Völkerbundes auf die Tatsachen zu lenken, die den Frieden und das harmonische Einvernehmen der Völker untereinander stören könnten. Auf das Engste mit diesen beiden Satzungen hängt Artikel 16 zusammen, der die wirtschaftlichen und militärischen Sanktionen gegen den Angreiferstaat festlegt.

Gewiß wäre es verkehrt zu glauben, daß allein mit dieser Feststellung praktische Ergebnisse in Bezug auf die Schlagkräftigkeit des Völkerbundes erzielt werden könnten, dies umso weniger, als sich der Ausschuß für die Völkerbundsreform davor gehütet hat, sich auf irgendeine Richtung für die Lösung der zur Erörterung stehenden Probleme zu versteifen. Viel wäre zweifellos schon dadurch gewonnen, daß die in Fluß geratenen Fragen nicht wieder außer Acht gelassen würden. Der Bericht des Ausschusses hat in eindringlicher Weise gezeigt, daß die starre Beibehaltung des status quo verhängnisvolle Auswirkungen nach sich ziehen müßte, und es ist bereits ein Schritt vorwärts, daß die in dem Ausschuß vertretenen Staaten von der Notwendigkeit überzeugt sind, die Genfer Einrichtung der Entwicklung anzupassen und sich keinen Illusionen mehr hinzugeben, die mehr oder weniger nur noch geschichtlichen Wert haben. Wie viele Meinungsverschiedenheiten einander gegenüberstehen, erhellt ein Vergleich der Schriftstücke, die von den verschiedenen Mitgliedsstaaten über die Frage der Völkerbundsreform eingegangen sind. Zwar fehlt es nicht an guten Hinweisen auf unbedingt notwendige Verbesserungen einzelner Völkerbundssatzungen, doch ist die Zeit noch nicht gekommen, wo ein allzu großer Optimismus hinsichtlich einer baldigen Einigung am Platze wäre. Die Regelung des wundesten Punktes der Völkerbundssatzungen, — es handelt sich um die Sanktionsartikel — beruht gerade auf dem Dilemma der Universalität und der Aktionsfähigkeit der Genfer Einrichtungen.

Zieht man aus der Vergangenheit die Lehre, dann läßt sich ganz allgemein sagen, daß der Völkerbund in seinem Bestreben, seine Aktionsfähigkeit und damit seine Universalität vollkommener zu gestalten, nicht nur dem Angreifer eine geschlossene Front entgegenstellen muß sondern er muß auch sein Hauptaugenmerk darauf richten, über einen vorbeugenden und kriegsverhütenden Organismus zu verfügen, der den Angriff als solchen im Keime erstickt. Erst wenn sich diese Erkenntnis bei allen Mitgliedsstaaten durchgerungen hat, dann ist auch die Gewähr gegeben, daß die so dringende Reform von Erfolg gekrönt wird. Vielleicht besteht in diesem Fall darüber hinaus die Möglichkeit, daß die ausgeschiedenen Staaten wieder Vertrauen zum Völkerbund fassen und tatkräftig an einer Institution mitarbeiten, die an und für sich einem hohen Gedanken entsprungen ist, in der harten Wirklichkeit jedoch der ihr übertragenen Aufgabe noch nicht gerecht werden konnte.

Saracoglu erläutert die aussenpolitische Lage

Die türkischen Sandschak-Forderungen — Bericht über die Pariser Verhandlungen

Ankara, 29. Dezember (A.A.)

Vom Fraktionsvorstand der Republikanischen Volkspartei:

Die Fraktion der Volkspartei trat heute unter dem Vorsitz des Fraktionsvorsitzenden Hasan Saka (Trabzon) zusammen.

*

Der stellvertretende Außenminister, Justizminister Şükrü Saraçoğlu, ergriff als erster das Wort und gab eine Erklärung über die Außenpolitik ab.

Er streifte als ersten Punkt die jugoslawisch-bulgarischen Verhandlungen über den Abschluß eines Freundschafts- und gutnachbarlichen Abkommens und gab Erläuterungen hierzu.

Zweitens gab er Auskunft über das Mittelmeerabkommen und betonte, daß das türkische Außenministerium diese Verhandlungen aus der Nähe und wachsam verfolge. Vorläufig seien irgendwelche Besorgnisse unangebracht. Man erwarte von diesen Verhandlungen eine Festigung der Sicherheit im Mittelmeer-Raum.

Şükrü Saracoğlu kam dann auf die Lage in Antakya und Iskenderun zu sprechen, und führte die wichtigsten Abschnitte aus dem Bericht des türkischen Generalkonsuls in Beirut über das Ergebnis seiner Untersuchungen im Sandschak an. Diese Erklärungen wurden von der Fraktion mit großem Interesse entgegengenommen.

Şükrü Saracoğlu ging dann ausführlich auf den Beschluß des Völkerbundes über den Sandschak und die Besprechungen unserer auf Einladung der französischen Regierung nach Paris gereisten Abordnung ein und erläuterte den Vorschlag, den Dr. Aras unter Vorbehalt der nachträglichen Billigung durch die republikanische Regierung der französischen Regierung gemacht hatte:

a) Die vollständige Unabhängigkeit des Sandschak.
b) Die Bildung eines Staatenbundes zwischen Syrien, dem Libanon und dem unabhängigen Sandschak.
c) Entmilitarisierung des Sandschak.
d) Die Schaffung der Eisenbahnkombination durch Verpachtung eines Teiles des Hafens von Alexandrette an die Türkei.

Minister Şükrü Saracoğlu hob hervor, daß auf diesen Vorschlag hin die beiden Teile das Schwergewicht der Verhandlungen auf einen Punkt gelegt haben, und daß die Franzosen Dr. Aras gegenüber, der auf der vollständigen Unabhängigkeit bestand, erklärt haben, daß unter der Bedingung der Aufrechterhaltung der Zugehörigkeit des Sandschak zu Syrien die erweiterte Selbstverwaltung des Sandschak in Frage kommen kann. Da sich die beiden Parteien über den Kern der Frage nicht einigen konnten und beide ihren Standpunkt aufrechterhielten, mußten die Besprechungen unterbrochen werden.

Nach Unterbrechung der Verhandlungen habe Dr. Aras bis zum Tage seiner Abreise aus Paris mit verschiedenen französischen Staatsmännern, u. a. auch mit Ministerpräsident Blum, Unterredungen gehabt und den türkischen Standpunkt mit zahlreichen Persönlichkeiten erörtert.

Der Abgeordnete von Eskişehir, Yusuf Ziya Özel, und der Abgeordnete von Manisa, Hikmet, ergriffen nach den Erklärungen des stellvertretenden Außenministers das Wort und drückten ihre Besorgnis über die jugoslawisch-bulgarische Verständigung hinsichtlich des Balkanpaktes aus.

Minister Şükrü Saracoğlu erwiderte, daß die Verständigung zwischen diesen beiden benachbarten Ländern keinesfalls eine Ursache zur Entkräftung des Balkan-Paktes sei. Es sei im Gegenteil zu hoffen, daß diese Verständigung vom Gesichtspunkt des Friedens und der Förderung der allgemeinen Verständigung auf dem Balkan zu einem neuen Element der Beruhigung werde.

Ismet Inönü spricht

Dann bestieg Ministerpräsident Ismet Inönü die Tribüne und entwickelte seine mit großer Aufmerksamkeit aufgenommenen Ansichten und Betrachtungen über die wirtschaftliche und landwirtschaftliche Lage des Landes. Er hat um die beschleunigte Verabschiedung der mit diesen Angelegenheiten zusammenhängenden und den Ausschüssen der Großen Nationalversammlung vorliegenden Gesetzentwürfe.

Den weiteren Wortlaut der Rede des Ministerpräsidenten werden wir in unserer morgigen Ausgabe bringen.

Bedeutsame Fraktionssitzung der Volkspartei – Irgendwelche Besorgnisse unangebracht

Aufsehenerregende Verhaftungen in Paris

Italiens Außenminister über den friedlichen Wiederaufbau Europas

Waffenschieber-Skandal in Paris

Paris, 29. Dezember (A.A.)

Vor einiger Zeit hat bekanntlich eine Angelegenheit verbotenen Waffenhandels zur Verhaftung eines litauischen Waffenschiebers namens Michael Rosenfeld, sowie zur Verhaftung einer Beamtin des französischen Außenamtes namens Susanne Linder geführt.

Am Montag wurde nun eine neuerliche Verhaftung vorgenommen, und zwar aus den gleichen Gründen. Es handelt sich um einen gewissen Samuel Fratkine, der wegen Benutzung falscher Pässe und verbotener Rückkehr angeklagt wird.

Fratkine soll der Geldgeber der Bande gewesen sein. Er schloß mit französischen und ausländischen Waffenfirmen Lieferungsverträge ab. Die Bande zahlte bei diesen Geschäften große Provisionen, deren Höhe häufig in die zehn Millionen ging. Die Beamtin Linder soll die Verbindungen Rosenfelds zu Kunden erleichtert und auch Aktenstücke gefälscht haben.

*

Paris, 30. Dezember.

Der Pariser Waffenschieberskandal zieht immer weitere Kreise. Außer den bisher gemeldeten Verhaftungen erfolgte gestern noch die Festnahme eines Rechtsanwalts namens Schapiro, der die Waffenschmuggler mit falschen Pässen versorgte.

*

Paris, 30. Dezember.

Die Pariser Zeitung „Intransigeant" begann gestern mit der Veröffentlichung einer Artikelserie, in der die französischen Waffenlieferungen an die spanische Regierung und die Anwerbung und Verschickung von Freiwilligen für die „Internationale Brigade" dargestellt werden.

Der Berichterstatter schildert die Vorgänge, die sich täglich bei dem um 22,05 abgehenden Zug nach Perpignan abspielen, mit dem ganze Sammeltransporte von angeworbenen Freiwilligen nach Spanien geschickt werden. Dieser Zug hat im Volksmund bereits den Namen „der Rote Zug" erhalten.

Frankreichs Wirtschaftslage im englischen Urteil

Die englischen Finanzkreise verfolgen aufmerksam die wirtschaftliche Lage in Frankreich, die sie optimistisch beurteilen.

„The Economist" findet, daß der Fehlbetrag des französischen Staatshaushalts normal sei. Die Zeitschrift schreibt:

„Seitdem die Deflationspolitik gescheitert und durch die Abwertung und Inflation ersetzt ist, ist die Dauer eines bedeutenden Fehlbetrages für eine gewisse Zeit unvermeidlich, vor allen Dingen dann, wenn gleichzeitig ungeheure Unkosten für die Aufrüstung in Rechnung gestellt werden müssen".

*

Paris, 29. Dezember (A.A.)

Die französische Kammer hat einstimmig den Gesetzesvorschlag für eine französische Anleihe an Polen genehmigt.

Mehrere Abgeordnete betonten in ihren Reden die Bedeutung der französisch-polnischen Freundschaft für die Aufrechterhaltung des Friedens.

England beschleunigt seine Aufrüstung

London, 29. Dezember (A.A.)

Zu Beginn des Jahres 1937 ist eine Beschleunigung des englischen Aufrüstungsprogrammes vorgesehen. Dieses Programm wird um 100 Millionen Pfund Sterling das von 1936 übersteigen. Zunächst ist vorgesehen, daß die britische Regierung sofort Aufträge in Höhe von ungefähr 30 Millionen vergibt. Diese Aufträge umfassen in erster Linie zwei Linienschiffe, 5 Kreuzer, ein Flugzeugmutterschiff, 18 Zerstörer und 6 Unterseeboote.

Weiter ist für 1937 der Bau von 2,000 Flugzeugen und die Vollendung der industriellen Ausrüstung des Landes im Kriegsfall vorgesehen.

Dampfer „Palos" wieder freigelassen

Berlin, 29. Dezember (A.A.)

Der deutsche Dampfer „Palos" ist von den spanischen Behörden auf eine Aufforderung des Kreuzers „Königsberg" hin freigelassen worden und setzt seine Reise fort.

Berlin, 29. Dezember (A.A.)

Nach den letzten Mitteilungen, die die Freilassung des deutschen Dampfers „Palos" betreffen, haben die Behörden von Bilbao einen Teil der Ladung und einen spanischen Staatsbürger, der sich an Bord des deutschen Dampfers befand, zurückgehalten. Die Angelegenheit ist mithin noch nicht endgültig geregelt.

*

Die amtlichen Berliner Kreise erklären, daß kein neues Kriegsschiff nach Spanien gesandt wird.

Bericht von den Fronten

Madrid, 29. Dezember (A.A.)

Der Havas-Berichterstatter teilt mit:

Der gestrige Tag verlief ruhig. Die republikanischen Flugzeuge bombardierten die Stellungen der Aufständischen im Abschnitt von Casa del Campo, wo die Schlacht am Sonntag am heftigsten war. Das genaue Ergebnis der Schlacht läßt sich im Augenblick noch nicht feststellen. Im Abschnitt von Usera befestigten die republikanischen Truppen die am Sonntag eroberten Stellungen.

*

Salamanca, 29. Dez. (A.A.)

Der Heeresbericht der nationalistischen Streitkräfte teilt mit, daß der feindliche Angriff an der Front von Teruel gescheitert ist. 3,000 Angehörige der Miliztruppen wurden getötet. Ferner wurden 5 Tanks erbeutet.

An der Malaga-Front wurde ein Angriff der republikanischen Streitkräfte abgeschlagen. Der Feind ließ 20 Tote auf dem Kampffelde zurück.

An der Front von Cordoba setzen wir unseren Vormarsch fort. Die Miliztruppen verloren bei einem zurückgewiesenen Angriff 70 Tote.

*

Der britische Geschäftsträger in Madrid wird am Donnerstag auf Weisung des Foreign Office nach Valencia abreisen. Das englische Außenamt wünscht, daß der Vertreter Großbritanniens in unmittelbarer Fühlung mit der republikanischen Regierung steht.

Das englische Konsulat wird in Madrid bleiben.

*

Genf, 29. Dezember (A.A.)

Die spanische Regierung in Valencia hat dem Völkerbund eine Denkschrift zugehen lassen, in der die Zusammenarbeit der Völkerbundssachverständigen bezüglich der Hilfemaßnahmen der zivilen Bevölkerung und der Räumung Madrids von den Personen, die sich in die Gesandtenschaften und Botschaften geflüchtet haben, gefordert wird.

Der Erzbischof von Toledo ist in Rom eingetroffen. Er ist der Ansicht, daß 5,000 Priester von 35,000 Geistlichen getötet worden sind.

Rabat, 29. Dezember (A.A.)

Ein Bombenflugzeug der spanischen Nationalisten ist infolge einer Panne in Französisch-Marokko nahe bei Souk-el-Arba gelandet.

Die französischen Behörden haben das Flugzeug beschlagnahmt.

USA. liefert Flugzeuge nach Spanien

Das Staatsdepartement in Washington erteilte die Ausfuhrerlaubnis für die Absendung von 18 Flugzeugen und 411 Flugzeugmotoren über Bilbao an die spanische Regierung.

Es ist jedoch möglich, daß der amerikanische Kongreß das Neutralitätsgesetz, das auch auf Bürgerkriege angewandt wird, annimmt, so daß die Ausfuhrerlaubnis für ungültig erklärt würde.

Londoner Besorgnisse

London, 30. Dezember.

Die Nachricht von der bevorstehenden Lieferung von Kriegsmaterial aus Amerika an die spanische Regierung hat in London beträchtlichen Aufsehen und eine gewisse Besorgnis hervorgerufen. Die amtlichen englischen Kreise lehnen vorläufig noch jede Stellungnahme zu dieser Lieferung, die einen Wert von drei Millionen Dollar darstellt, mit der Begründung ab, daß noch kein Bericht des britischen Botschafters aus Washington vorliege.

Man gibt jedoch in London der Erwartung Ausdruck, daß die Vereinigten Staaten von sich aus alles tun werden, was in ihren Kräften steht, um diese Waffenlieferung zu verhindern.

Noch keine Antwort in der englischen Hauptstadt eingetroffen

London, 29. Dezember (A.A.)

Berlin, Rom, Lissabon und Moskau haben noch nicht auf den Schritt der englischen und französischen Regierung hinsichtlich der Frage der Entsendung der Freiwilligen nach Spanien geantwortet, obwohl England auf die Dringlichkeit einer Entscheidung hingewiesen hat.

*

In den politischen Kreisen Englands hebt man hervor, daß bis jetzt noch kein Bericht über das Ergebnis des französisch-englischen Schrittes eingegangen ist. Weiter erklärt man, es sei wünschenswert, daß ein allgemeines Verbot bezüglich der Entsendung von Freiwilligen nach Spanien schon Anfang Januar in Kraft treten würde.

Ciano für enge Verbindung zwischen Italien und Deutschland

Berlin, 29. Dezember (A.A.)

Der italienische Außenminister Graf Ciano erklärte in Rom dem Vertreter des „Völkischen Beobachter":

„Mein Lieblingsplan, eine enge Verbindung zwischen Italien und Deutschland, ist verwirklicht. Es ist nicht die Folge von geknüpften Machenschaften, daß unsere beiden Länder sich gefunden haben. Sie mußten notwendigerweise einander finden, um die Voraussetzungen zu schaffen für einen friedlichen Wiederaufbau Europas. Im Augenblick erscheint die Lage nicht erfreulich. Blicken Sie auf Spanien oder China! Aber wir sind sicher, zu einem guten Ende zu gelangen. Was China betrifft, so kann ich wohl sagen, daß Tschiangkaischek der einzige unabhängige Mann in diesem Lande ist. Ich kenne ihn und schätze ihn aufrichtig!"

Spende für das deutsche Winterhilfswerk

Aus Berlin wird gemeldet, daß Sir Henry Deterding in Holland für 10 Millionen holländische Gulden landwirtschaftliche Erzeugnisse erworben hat, die er dem nationalsozialistischen Winterhilfswerk zur Verfügung stellen will. Deterding soll in Holland Einkaufsbüros errichtet haben und die Leitung dem Verwalter des Deterding-Grundbesitzes in Deutschland, van Dick, übertragen haben.

Sie Henry Deterding beabsichtigt auf diese Weise, sowohl den holländischen Bauern zu helfen als auch die Lebensmittelversorgung Deutschlands zu erleichtern.

Tschiangkaischek hat seine Amtstätigkeit wieder aufgenommen

Nanking, 29. Dezember (A.A.)

Aus amtlicher chinesischer Quelle wird gemeldet, daß Tschiangkaischek seine Amtstätigkeit als Ministerpräsident und oberster Befehlshaber wieder aufgenommen hat.

*

Diese Erklärung zerstreut alle Gerüchte über einen Rücktritt des Marschalls. Auf Grund des Zwischenfalles von Sianfu hat der Hauptvollzugsausschuß seine nächste Vollsitzung für den 12. März anberaumt. Bis jetzt ist dieser Ausschuß erst zweimal zusammengetreten. Man glaubt zu wissen, daß er die Frage der Beziehungen zu Japan, insbesondere was Nord-China anbetrifft, prüfen wird. Ein weiterer Grund für den Zusammentritt des Ausschusses ist ferner die Notwendigkeit, die Lage in Schansi einer endgültigen Regelung zuzuführen.

Uebernahme der Orientbahn

Der Generaldirektor der staatlichen Eisenbahnen und zahlreiche leitende Beamte sind in Istanbul eingetroffen und haben mit den maßgebenden Persönlichkeiten der Orientbahn Fühlung genommen. Im Laufe des gestrigen Tages wurde u. a. das Programm für die feierliche Uebernahme der Orientbahnstrecke durch den Staat festgelegt. Im ersten Zug, der am kommenden Freitag von Sirkeci nach Edirne fahren wird und aus neuen Wagen und einer neuen Lokomotive, die von Deutschland geliefert wurden, besteht, wird die Abordnung nach Edirne reisen und der Bevölkerung der Stadt die Grüße des Arbeitsministers überbringen. Zur selben Stunde wird in feierlicher Weise ein Gegenzug von Edirne nach Istanbul abgelassen werden.

20 Personen verhaftet

In Istanbul wurden rd. 20 Personen verhaftet, die im Verdacht stehen, kommunistische Flugblätter in einigen Fabriken verteilt zu haben. Unter ihnen befinden sich, wie wir bereits berichteten, der bekannte Schriftsteller Nazim Hikmet und mehrere Arbeiter. Auch eine Frau, die sich schriftstellerisch betätigte und deren Schriften eine kommunistische Gesinnung verraten, wurde festgenommen. Ferner wurde ein Buchhändler verhaftet, der beschuldigt wird, daß die von ihm verlegten Werke kommunistische Gedankengänge aufweisen.

Wir wollen das alte Jahr nicht beschließen, ohne unseren Lesern unseren neuen Roman zu bieten, der sie mit Spannung ins neue Jahr hinüberleiten soll. Er heißt

„FAHRT OHNE ZIEL"

Von Andreas Poltzer.

Wir beginnen mit dem Abdruck am kommenden Donnerstag, dem 31. Dezember.

Neujahrsempfang in der Deutschen Botschaft

Der deutsche Botschafter und Frau von Keller sind am Neujahrstage zwischen 11 und 13 Uhr zu Hause, um die deutschen Volksgenossen, die sie aus Anlaß des Jahreswechsels besuchen wollen, zu empfangen.

Neujahrsempfang auf dem Deutschen Generalkonsulat

Der deutsche Generalkonsul und Frau Toepke bitten uns mitzuteilen, daß sie für die Volksgenossen am 1. Januar von 12-13 Uhr zu Hause sein werden.

Kurzmeldungen vom Tage

Hitler hat seine Ferien unterbrochen und wird an dem Begräbnis des Generals von Seeckt, das in Berlin stattfindet, teilnehmen.

*

Der Gesundheitszustand des Papstes hat sich seit gestern verschlimmert.

*

Aus London wird gemeldet, daß beschlossen worden ist, 4,000 Soldaten, die kürzlich nach Palästina befördert worden sind, zurückzuberufen, da in Palästina der normale Zustand wieder eingetreten ist.

*

Der französische Staatsanzeiger veröffentlicht die Ergebnisse der Volkszählung in Frankreich und Algerien im Jahre 1936. Danach hat Frankreich 41.905.968 und Algerien 7.234.684 Einwohner.

*

Aufgrund eines Protokolles, das vom Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht und dem Führer der sowjetrussischen Handelsabordnung in Berlin unterzeichnet wurde, ist der deutsch-russische Handelsvertrag um ein Jahr verlängert worden.

*

In einer Mitteilung kündigt der Führer des deutschen Arbeitsdienstes, General Konstantin Hierl, an, daß die Gesamtstärke der deutschen Arbeitsdienstpflichtigen gemäß den Weisungen des Führers innerhalb von 2½ Jahren um 50% erhöht werde.